

ANTRAG Nr. A

„Frauen gestalten Zukunft – Deutschland im demografischen Wandel“

**Leitantrag
des Bundesvorstandes der Frauen Union der CDU Deutschlands an den
27. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU Deutschlands,
27./28. Oktober 2007, Braunschweig**

1 I. Eine der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen in
2 einer Zeit epochaler Veränderungen ist der demografische Wandel. Wir
3 wollen diese Herausforderung meistern, indem wir uns an der Gestaltung
4 einer verantwortlichen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Politik im 21.
5 Jahrhundert beteiligen.

6
7 „Wie wollen wir morgen leben?“ – heißt die Kernfrage.

8 Unsere Devise lautet:

9 Heute handeln für Ergebnisse von morgen und übermorgen!

10

11 Die Auswirkungen der Abnahme der Bevölkerungszahl, der Veränderung
12 von Familienstrukturen und der Altersstruktur der Bevölkerung sowie
13 deren räumliche Verteilung betreffen alle Lebensbereiche. Wir brauchen
14 daher eine umfassende Strategie zur Bewältigung dieses Strukturwandels
15 und eine Querschnittspolitik, die alle Politikbereiche und politischen Ebenen
16 umfasst. Generationengerechtigkeit muss eines der Leitmotive dieser
17 Querschnittspolitik sein. Denn nur eine solide Finanzpolitik hält Hand-
18 lungsspielräume für zukünftige Generationen aufrecht.

19

20 Deutschlands Bevölkerung wird voraussichtlich von derzeit etwa 82 Milli-
21 onen Menschen auf etwa 72 Millionen Einwohner bis zum Jahr 2050 zu-
22 rückgehen, der Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre hingegen wird zu-
23 nehmen: In 2010 wird die Zahl der 65-Jährigen und Älteren bei etwa 17
24 Millionen liegen, im Jahr 2050 werden es um die 23 Millionen Bürgerinnen
25 und Bürger sein. Schon heute spüren wir die Veränderungen: Städte wer-
26 den rückgebaut, Schulen geschlossen, Produkte und Dienstleistungen
27 speziell für Ältere haben Konjunktur.

28 Hauptursache für die Bevölkerungsabnahme ist und bleibt, dass zu weni-
29 ge Kinder geboren werden. Zugleich erleben wir eine starke Binnenwan-
30 derung. Vor allem junge Frauen wandern aus den östlichen Bundesländern
31 in wirtschaftlich prosperierende Ballungsgebiete ab. Wir müssen uns mit

32 der Bevölkerungsabnahme, der Überalterung der Bevölkerung und diesen
33 Wanderungsbewegungen gezielt auseinandersetzen.
34 Positiv daran ist: Angesichts des gestiegenen Interesses für die Auswir-
35 kungen des demografischen Wandels und angesichts der Sorge um die
36 Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft wächst die Aufmerksamkeit für
37 die Rolle der Frauen und der Familien sowie die Wirkung von Frauen- und
38 Familienpolitik.

39

40 Darüber hinaus ist Migration ins bzw. aus dem Ausland gelebter Alltag in
41 unserem Land. Nach Schätzungen hatte Deutschland 2005 allerdings un-
42 ter dem Strich kaum 20.000 Einwanderer im klassischen Wortsinn zu ver-
43 zeichnen. Diese Wanderungsgewinne reichen nicht aus, um die Lücke
44 zwischen Geburten- und Sterberate zu schließen. So war denn auch die
45 Bevölkerungszahl von 82,501 Millionen im Jahr 2004 auf 82,438 Millionen
46 im Jahr 2005 gesunken. Die Zuwanderung nach Deutschland ist also bei
47 weitem nicht mehr so stark, wie sie empfunden wird. Heute leben 15 Mil-
48 lionen Menschen aus Zuwandererfamilien in Deutschland, davon gut 95
49 Prozent in den alten Bundesländern. Der Integrationsbedarf der bei uns
50 lebenden Menschen mit Migrationshintergrund hat deutlich zugenom-
51 men.

52

53 Wir wollen die Chancen zur Zukunftsgestaltung und für Innovation nut-
54 zen:

55

56 1. Große Potenziale zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft
57 bleiben oft ungenutzt oder werden durch vorherrschende Normen
58 und institutionelle Rahmenbedingungen behindert. So verlangt
59 eine Ausschöpfung dieser Potenziale neue Formen einer intelli-
60 genten Arbeitsteilung zwischen Generationen und Geschlechtern.

61

62 2. Mehr Bildung und lebenslanges Lernen von Kindesbeinen an bis
63 ins Alter sind für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands unabding-

- 64 bar. Dazu gehört auch eine lebenszyklusorientierte Personalpoli-
65 tik, d.h. vor allem eine generelle Ausweitung und Flexibilisierung
66 von Lebensarbeitszeiten für alle.
67
- 68 3. Eine nachhaltige Familienpolitik für junge Familien und Ältere ist
69 sowohl für die weitere demografische Entwicklung als auch für ei-
70 ne zukunftsfähige, Generationen verbindende Gesellschaft wie für
71 die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands entschei-
72 dend. Bei der – höchst privaten – Entscheidung für Kinder bilden
73 die Politik für junge Familien, aber vor allem Grundwerte und die
74 Wertigkeit von Kindern in der Gesellschaft den Rahmen.
75
- 76 4. Die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern
77 wird für die zukünftige Entwicklung Deutschlands zur Schlüssel-
78 frage. Denn nur mit der vollen Entfaltung des großen Potenzials
79 von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden wir die
80 Veränderung meistern können. Zentrale Fragen der zukünftigen
81 Entwicklung, wie die Entzerrung der sogenannten „Rush Hour des
82 Lebens“, die sinnvolle Gestaltung der gewonnenen Jahre im soge-
83 nannten dritten Lebensalter oder der Umgang mit der wachsen-
84 den Zahl älterer Angehöriger und Pflegebedürftiger betreffen
85 Frauen in besonderer Weise. Sie können nur mit ihnen gestaltet
86 werden.
87
- 88 5. Zukünftig wird bürgerschaftliches Engagement an Bedeutung ge-
89 winnen. Freiräume für ein stärkeres Engagement von Frauen und
90 Männern tun sich auf, die im Interesse aller sinnvoll genutzt wer-
91 den sollten.
92
- 93 6. Seit der Ankunft der ersten Gastarbeiter in Westdeutschland in
94 den 50er Jahren und der ersten ausländischen Vertragsarbeitneh-
95 mer in Ostdeutschland in den 60er Jahren sind mehr als 40 Jahre

96 vergangen. Viele Menschen sind seither zu uns gekommen und
97 geblieben. Heute wandern bei weitem nicht mehr so viele Men-
98 schen zu wie früher. Gemeinsam mit den Zugewanderten sowie
99 deren Kindern und Enkeln wollen wir das Fundament für unser Zu-
100 sammenleben in den nächsten Jahrzehnten legen. Ihre Integration
101 gehört zu den großen gesellschaftspolitischen Herausforderun-
102 gen. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels
103 liegt darin zugleich ein enormes Potenzial für unser Land.

104

105

106

107 **II. Darum setzen wir uns ein für:**

108

109

110 • **Bildung und lebenslanges Lernen – Chancen verbessern**

111

112 Lebenslanges Lernen ist Förderung und Weiterentwicklung der Fähigkei-
113 ten jedes Einzelnen – von den ersten Lebensjahren bis ins hohe Alter. Die
114 Chancen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf dem Arbeits-
115 markt, aber auch diejenigen der Unternehmen im internationalen Wett-
116 bewerb, hängen von der richtigen Qualifikation ab. Die wichtigste Res-
117 source der deutschen Wirtschaft sind gut ausgebildete, innovative, sozial
118 denkende und unternehmerische Menschen.

119

- 120 ▪ Kinder brauchen einen lückenlosen Bildungsgang und reibungs-
121 lose Übergänge von der frühkindlichen Bildung in der Kinderta-
122 geseinrichtung über die Grundschule bis in die weiterführenden
123 Schulen und hin zu Ausbildung oder Studium. Wir müssen die
124 Durchlässigkeit des Bildungswesens sicherstellen.
- 125 ▪ Durch die weitere Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungs-
126 systems müssen mehr qualifizierte Arbeitskräfte ausgebildet
127 werden.

- 128 ▪ Bürgerinnen und Bürger, junge ebenso wie ältere Arbeitnehme-
129 rinnen und Arbeitnehmer, müssen besser über die Chancen le-
130 benslangen Lernens informiert und zu einer stärkeren Bildungs-
131 beteiligung motiviert werden. Finanzielle Hürden sollen durch
132 Einführung eines staatlich geförderten Weiterbildungssparens
133 überwunden werden.
- 134 ▪ Unternehmen in Deutschland müssen in Zukunft wesentlich
135 stärker als Auftraggeber und Anbieter beruflicher Weiterbildung
136 angesprochen und eingebunden werden.
- 137 ▪ Für Hochschulen und andere öffentlich-rechtliche Bildungsein-
138 richtungen liegt in der Weiterbildung ein Zukunftsfeld, in dem
139 sie sich stärker engagieren müssen.
- 140 ▪ Das lebenslange Lernen muss durch eine Zusammenarbeit der
141 Bildungsträger gefördert und weiterentwickelt werden, z.B.
142 durch Bildungsberatung und selbstorganisiertes Lernen mit Me-
143 dienunterstützung.
- 144 ▪ Deutschland muss zum Magneten für junge Fach- und Führungs-
145 kräfte und deren Familien werden, damit junge Menschen statt
146 im Ausland hier ihre Zukunft sehen und damit talentierte Frauen
147 und Männer zu uns kommen. Für sie müssen günstige Lern-, Ar-
148 beits- und Lebensbedingungen geschaffen werden. Dies gilt ins-
149 besondere für junge Frauen im technisch-naturwissenschaftlich-
150 en Bereich.

151

152

153 • **Lebenszyklusorientierte Personalpolitik fördern**

154

155 Zur Abmilderung des demografisch bedingten drohenden Fachkräfteman-
156 gels wird es für Unternehmen unerlässlich sein, die Vielfalt der Arbeit-
157 nehmerschaft in den Blick zu nehmen und das Potenzial von Frauen eben-
158 so wie von Männern, von Jüngeren und Älteren sowie von Einheimischen
159 und Zugewanderten auszuschöpfen.

160

- 161 ▪ Insgesamt notwendig ist eine lebenszyklusorientierte Personal-
162 politik der Unternehmen mit einer Modularisierung von Ausbil-
163 dungen, flexiblen Arbeitszeiten, lebenslangem Lernen und Maß-
164 nahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 165 ▪ Dabei sollen Frauen ihren Qualifikationen entsprechend besser
166 eingesetzt und ihre spezifischen Lebensverläufe berücksichtigt
167 werden.
- 168 ▪ Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen länger be-
169 schäftigt und motiviert werden, in ihre Weiterbildung muss in-
170 vestiert und vor ihrem Ausscheiden aus dem Beruf muss für ei-
171 nen geeigneten Wissenstransfer gesorgt werden.
- 172 ▪ Unternehmen, die sich der demografischen Herausforderung in
173 besonderer Weise stellen, sollen gezielt darin unterstützt wer-
174 den, um die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu erhö-
175 hen.

176

177

178 • **Chancen von Frauen im Beruf weiterentwickeln**

179

180 Junge Frauen sind heute vielfach genauso gut oder sogar besser ausgebil-
181 det als junge Männer. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels
182 und des hohen Bedarfs an eingearbeiteten Fachkräften sind Unternehmen
183 in Deutschland zunehmend auf qualifizierte weibliche Arbeitskräfte an-
184 gewiesen. Darin liegt die große Chance, zu der überfälligen beruflichen
185 Gleichstellung von Frauen zu kommen. Denn immer noch verdienen Voll-
186 zeit arbeitende Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Immer
187 noch sind Frauen in Vorstandsetagen oder in wissenschaftlichen Spitzen-
188 positionen die Ausnahme und nicht die Regel.

189

- 190 ▪ Wir brauchen mehr Bildung und Qualifikation von Frauen in zu-
191 kunftsträchtigen Berufen, eine Aufwertung der von Frauen be-

192 vorzugten Berufe, die Motivation von Mädchen schon in den ers-
193 ten Lebensjahren für technische Berufe, die Einbindung weibli-
194 cher Fähigkeiten in neue Berufsbilder, eine familienfreundliche
195 Arbeitswelt, Karriereförderung durch die Wirtschaft und einen
196 Bewusstseinswandel – weg von Vorurteilen und überkommenen
197 Rollenmustern, hin zur Gleichstellung von Frauen im Beruf.

198
199

200 • **Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter ver-**
201 **wirklichen**

202

203 Eine familienfreundliche Arbeitswelt und geeignete Rahmenbedingungen
204 für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind vor dem Hinter-
205 grund der demografischen Entwicklung sowohl für eine nachhaltige Fami-
206 lienpolitik als auch für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutsch-
207 lands entscheidend. Denn nur wenn die Balance zwischen Familie und
208 Beruf gelingt, werden sich wieder mehr junge Menschen für Kinder ent-
209 scheiden.

210

211 Junge Frauen wünschen sich heute ganz überwiegend eine möglichst rei-
212 bungslose Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, wie sie in vie-
213 len unserer Nachbarstaaten bereits gelebt wird. Junge Männer wollen
214 nicht länger nur Ernährer sein, sondern sich aktiv an der Kinderbetreuung
215 und -erziehung beteiligen.

216

217 Die Bundesregierung hat mit der Einführung des Elterngelds, der verbes-
218 serten steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten für Kinder
219 unter 3 Jahren, der Stärkung des Arbeitsplatzes Privathaushalt und der
220 „Allianz für Familien“ mit der Wirtschaft die Rahmenbedingungen dafür
221 nachhaltig verbessert. Darüber hinaus sollen weitere Hemmschwellen
222 abgebaut werden: Bei der für Frauen nachteiligen Lohnsteuerklasse V
223 zeigt das jahrelange Drängen der Frauen Union endlich Erfolg. Die

224 Lohnsteuerklasse V soll durch ein Anteilsverfahren ersetzt werden und so
225 der Vergangenheit angehören.

226

227 Familien brauchen Zeit füreinander und ein familienfreundliches Umfeld.
228 Unternehmen brauchen auch in Zukunft gut ausgebildete und motivierte
229 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Vereinbarkeit von Familie und Be-
230 ruf ist der Schlüssel dazu.

231 Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich ge-
232 lebt werden kann.

233

234 ▪ Deshalb fordern wir die Unternehmen auf, die Vereinbarungen,
235 die die Spitzenverbände der Wirtschaft und der Gewerkschaften
236 mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Familienministerin Ur-
237 sula von der Leyen getroffen haben, weiter mit Leben zu erfüllen.
238 Familienfreundlichkeit muss zur Chefsache und ein Markenzei-
239 chen deutscher Unternehmen werden.

240 ▪ Wir fordern den flächendeckenden bedarfsgerechten Ausbau von
241 Kinderbetreuungsangeboten auch für unter Dreijährige und
242 Ganztagschulen für alle Altersgruppen. Dieser Ausbau muss mit
243 einer Qualitätsoffensive einhergehen, Betreuung und frühkindli-
244 che Bildung müssen sich ergänzen. Kindertageseinrichtungen
245 müssen zu Orten der frühkindlichen Bildung werden. Grundle-
246 gend dafür sind die Verbesserung der Aus- und Fortbildung der
247 Erzieherinnen und Erzieher sowie die Qualifizierung in der Kin-
248 dertagespflege (Tagesmütter/-väter).

249 ▪ Lokale bzw. regionale Bündnisse für Familien können systema-
250 tisch dabei helfen, Familien- bzw. Kinderpolitik in den Fokus
251 kommunalpolitischer Entscheidungen zu rücken, um die Lebens-
252 bedingungen von Familien mit Kindern zu verbessern. Sie sind
253 weiter zu unterstützen.

254

255

256 • **„Rush Hour des Lebens“ entzerren**

257

258 Der Kinderwunsch kann sich häufig nur schwer gegenüber anderen Le-
259 bensentwürfen wie Erfolg, Karriere oder Sicherheit behaupten. Junge
260 Menschen in Deutschland erreichen ihre ökonomische Selbstständigkeit
261 immer später, möchten diese zuerst sichern und ihre neu gewonnenen
262 finanziellen Möglichkeiten für sich nutzen. Zudem sinkt durch die Ar-
263 beitsmarktlage ihr Vertrauen in die finanzielle Absicherung einer Familie,
264 auch wenn sich die wirtschaftliche Konjunktur in Deutschland im Auf-
265 wärtstrend befindet. Der Begriff „Generation Praktikum“ bringt die
266 Schwierigkeiten vieler junger Menschen beim Start ins Berufsleben auf
267 den Punkt.

268

269 Zwischen dem 25. und 40. Lebensjahr sollen die Ausbildung abgeschlos-
270 sen, der Einstieg in den Beruf erfolgt sein, eine Karriere aufgebaut, finan-
271 zielle Unabhängigkeit erreicht und eine Familie gegründet werden. Wis-
272 senschaftler sprechen hier von der „Rush Hour des Lebens“. Wenn Ausbil-
273 dung und Qualifikation wichtiger und zeitintensiver werden oder hohe
274 Mobilitätsanforderungen im Beruf die Partnerwahl erschweren, verschärft
275 sich die „Rush Hour“ weiter. Die Verwirklichung des bei den meisten vor-
276 handenen Kinderwunsches wird zeitlich immer weiter verschoben, bis er
277 entweder gar nicht mehr zum Tragen kommt oder statt mehreren Kindern
278 nur ein Kind geboren wird.

279

- 280 ■ Zur Entzerrung der „Rush Hour“ müssen schon während der
281 Ausbildung – insbesondere bei Studierenden – die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und die unterstützende Infrastruktur
282 für Eltern verbessert werden.
283
284 ■ Darüber hinaus muss die Entwicklung und Verbreitung innovativer
285 Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf
286 und Karriere ermöglichen, in den Focus der Arbeitsmarktpolitik
287 gerückt werden.

- 288
- 289
- 290
- 291
- 292
- 293
- 294
- 295
- 296
- 297
- 298
- Modelle zur Anerkennung und Integration der in der Familienphase erworbenen Kernkompetenzen in das Berufsleben müssen entwickelt und für den Alltag nutzbar gemacht werden.
 - Wir fordern eine Modularisierung von Bildungs- und Ausbildungsgängen, die es ermöglicht, zunächst mit einer ersten Qualifikation in den Beruf einzusteigen und früh selbständig zu werden, um später nach einer entsprechenden Weiterbildung beruflich aufzusteigen. Insbesondere die Hochschulen und die Unternehmen haben hier ausreichenden Handlungsspielraum – beginnend mit der Bachelor-/Master-Einführung bis hin zu Lebensarbeitszeitkonten.

299

300

- **Haushaltsnahe Dienstleistungen als Wirtschaftsfaktor etablieren**

303

304 Dort, wo die Familie nicht mehr den Kern einer generationenübergreifenden Solidarität darstellt, müssen weitere professionelle Dienstleistungen in Kombination mit neuen Solidaritätsformen unabhängig von Verwandtschaft entstehen. Angesichts der Tatsache, dass heute über 70 Prozent aller Pflegeleistungen außerhalb stationärer Einrichtungen von Angehörigen erbracht werden und durch Abwanderung und Fehlen der „Kindergeneration“ diese Funktion zukünftig deutlich weniger geleistet werden kann, werden mittelfristig haushaltsnahe Dienstleistungen ein großes Potenzial als Wirtschaftszweig haben.

313

314 Die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten für haushaltsnahe Dienstleistungen, die die Frauen Union seit Jahren einfordert und die die Bundesregierung deutlich verbessert hat, ist ein wichtiger Meilenstein. Denn haushaltsnahe Dienstleistungen ermöglichen es nicht nur hilfebedürftigen Menschen länger in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben. Sie erleichtern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für erwerbstätige Eltern und

319

320 bieten Arbeitsmöglichkeiten, die nicht ins Ausland verlagert werden kön-
321 nen.

322

323 ▪ Die Rahmenbedingungen für den Arbeitsplatz Haushalt müssen
324 insbesondere durch die volle steuerliche Absetzbarkeit weiter
325 verbessert und haushaltsnahe Dienstleistungen weiter als Wirt-
326 schaftszweig etabliert werden.

327 ▪ Für die Realisierbarkeit und den Erfolg müssen dabei Konzepte
328 erprobt werden, die auch angesichts von sinkenden Renten und
329 weniger Einzahlern in die Sozialversicherungssysteme finanziell
330 robust sind. Konzepte der gegenseitigen Verpflichtung müssen
331 publiziert und anerkannt werden.

332

333

334 • **Das dritte Lebensalter sinnvoll nutzen**

335

336 Die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate in Deutschland ist eine
337 der niedrigsten weltweit. Dies erfordert ein geändertes Verständnis für
338 die Alterung einer Gesellschaft und neue Antworten auf den Umgang mit
339 der prognostizierten demografischen Entwicklung.

340 Unter den Potenzialen für den Einzelnen sind vor allem die zunehmenden
341 Jahre an „aktiver Lebenserwartung“ zu nennen. Verbesserte Gesundheit,
342 länger andauernde Selbstständigkeit im Alltag, intellektuelle und emotio-
343 nale Ressourcen sowie soziales Eingebundensein sowohl im so genannten
344 dritten (60-80 Jahre) als auch im vierten (über 80 Jahre) Lebensalter stel-
345 len bedeutende Potenziale für den Einzelnen und für die Gesellschaft dar.
346 Das dritte Alter ist eine neue Lebensphase, die es so bisher nicht gegeben
347 hat. Wissenschaftler sprechen von einer evolutionären Neuerung.

348 Für manch einen kann die gewonnene aktive Lebenszeit eine weitere Sta-
349 tion in der beruflichen Laufbahn bringen. Für andere mag es eine intensi-
350 ve Phase mit der Familie und den Enkeln werden. Wieder andere bringen

351 ihre Fähigkeiten und die gewonnenen Jahre in bürgerschaftliches oder
352 politisches Engagement ein.

353

- 354 ▪ Wir stehen dafür ein, das Altern als chancenreichen Prozess zu
355 begreifen.
- 356 ▪ Wir brauchen individuelle Angebote für individuelle Lebensver-
357 läufe.
- 358 ▪ Wir wollen eine breite öffentliche Diskussion über diese gewon-
359 nenen Jahre anstoßen, um die Frage zu beantworten, wie sie für
360 den Einzelnen und für die Gesellschaft sinnvoll genutzt werden
361 können.

362

363

364 • **Das Zusammenleben der Generationen neu gestalten**

365

366 Die Auswirkungen des demografischen Wandels erfordern andere Ver-
367 knüpfungen von Lebensläufen junger und älterer Bevölkerung. Deutsch-
368 land wird neben Japan das erste Land auf der Welt sein, das in den kom-
369 menden 30 bis 40 Jahren erlebt, dass die Zahl der über 80-Jährigen auf das
370 Dreifache wächst, während die mittlere Generation abnimmt. Wir müssen
371 deshalb jetzt Weichen stellen, damit wir die Jungen in Zukunft nicht über-
372 fordern. Gerade der Gewinn an aktiver Lebenszeit im Alter bietet die
373 Chance, dass Bürgerinnen und Bürger sich in übergreifenden Netzwerken
374 engagieren und Dienste anbieten, die eine Familie nicht mehr leisten
375 kann.

376

- 377 ▪ Wir fordern unterschiedliche Modelle und Strukturen für das
378 bürger- und nachbarschaftliche Engagement z.B. die Mehrgene-
379 rationenhäuser, Wohnanlagen für Jung und Alt. Diese sind eine
380 Möglichkeit, den Veränderungen in Familie und Nachbarschaft
381 zu begegnen. So könnten etwa die jungen Bewohner den Älteren

382 beim Einkaufen helfen, im Gegenzug könnten die älteren Men-
383 schen den Jungen bei der Kinderbetreuung behilflich sein.
384 ■ Für den Auf- und Ausbau der Hilfe bedarf es vermehrt lokaler
385 Netzwerke für Pflegedienste und Hilfsangebote.
386 ■ Angebote der offenen Altenhilfe sind als Präventionsmaßnah-
387 men zu verstehen, die auch Älteren ein freies und selbstbe-
388 stimmtes Leben ermöglichen. Der Aufbau solcher Angebote soll
389 unter Beachtung der Unterschiede im städtischen und ländlichen
390 Raum und der individuellen Mobilität erfolgen.

391

392

393 • **Gesundheits- und Pflegewesen zukunftsfest machen**

394

395 Mit dem Anwachsen der über 80jährigen von heute nicht ganz vier Millio-
396 nen Menschen auf voraussichtlich über zehn Millionen im Jahr 2050 wan-
397 deln sich auch die Anforderungen an das Gesundheits- und Pflegewesen.
398 Ein Drittel aller stationär behandelten Patientinnen und Patienten wird
399 dann 75 Jahre und älter sein.

400 Die bisherigen Leistungen im Bereich der Geriatrie und ihrer Rehabilitati-
401 on werden nicht mehr ausreichen. Die erhöhte Morbidität mündet an-
402 sonsten im gleichen Umfang in erhöhten Pflegebedarf. Die demografische
403 Entwicklung betrifft auch die Leistungserbringer, namentlich die Hausärz-
404 teschaft. Eine nicht unbeachtliche Anzahl von Ärztinnen und Ärzten geht
405 in wenigen Jahren in Ruhestand, ohne einen Praxisnachfolger gefunden zu
406 haben.

407

408 Nach den Prognosen des Statistischen Bundesamtes steigt die Zahl der
409 Pflegebedürftigen in der sozialen Pflegeversicherung von 1,89 Millionen
410 im Jahr 2005 auf 3,09 Millionen Pflegebedürftige im Jahre 2030 an. Schon
411 heute sind über zwei Drittel der Pflegebedürftigen weiblich. Gleichzeitig
412 sind 88 Prozent der in den ambulanten Pflegediensten und 85 Prozent der

413 in Heimen Beschäftigen Frauen. Frauen sind also in besonderem Maße
414 von der Problematik der Pflege betroffen.

415

416 Die Frauen Union begrüßt daher nachdrücklich, dass eine Pflegezeit für
417 Angehörige eingeführt, Demenzkranke künftig in die Pflegeversicherung
418 einbezogen und quartiersbezogene Pflegestützpunkte eingerichtet wer-
419 den sollen.

420

421 Die Infrastruktur für ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen ist
422 vergleichsweise schwach ausgeprägt. Hinzu kommen der Wegzug der
423 jungen und mittleren Generation und damit eine deutliche Minderung der
424 familiären Ressourcen zur Unterstützung pflegebedürftiger Menschen vor
425 Ort.

426

- 427 ▪ Wir fordern einen Ausbau der Angebote der Kurzzeit- und Ta-
428 gespflege.
- 429 ▪ Neue Wohnformen, wie etwa Senioren-Wohngemeinschaften
430 oder Generationen übergreifende Wohnformen können für al-
431 leinstehende Menschen fehlende familiäre Netze ersetzen und
432 sollten daher unterstützt werden.
- 433 ▪ „Lotsendienste“ sollten flächendeckend eingerichtet werden,
434 damit betroffene Angehörige Anlaufstellen haben, die sie neutral
435 über mögliche Hilfsangebote, Wohnformen oder Pflegeeinrich-
436 tungen informieren.
- 437 ▪ Um die ambulante Versorgung im hausärztlichen Bereich – vor
438 allem im ländlichen Raum – aufrecht zu erhalten, muss die Be-
439 rufsausübung als Hausärztin bzw. als Hausarzt attraktiver aus-
440 gestaltet werden.

441

442

443 • **Bürgerschaftliches Engagement stärken**

444

445 Die Struktur des freiwilligen Engagements hat sich verändert: Versteht
446 man unter dem klassischen Ehrenamt bislang meist eine über Jahre wäh-
447 rende Verpflichtung in einem Aufgabenfeld, so erfolgt ein solches Enga-
448 gement heute zunehmend über einen kürzeren Zeitraum und in wech-
449 selnden Bereichen. Lebensphasenspezifisches Engagement nimmt zu.
450 Dennoch ist das Ehrenamt wertvoll und unverzichtbar, weil es als "Kitt" an
451 gesellschaftlichen Nahtstellen Menschlichkeit und Solidarität, Zuwen-
452 dung und Hinwendung, Unmittelbarkeit und erlebte Nähe garantiert.

453

454 Wir benötigen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft den freiwilligen
455 Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern für das Gemeinwohl. Eines der prä-
456 genden gesellschaftspolitischen Themen der Zukunft wird sein: Wir brau-
457 chen mehr freiwilliges Miteinander und neue Kooperationsformen, die
458 jenseits von Markt und Staat und politischer Leistung unser soziales Ge-
459 füge ausmachen.

460

- 461 ▪ Bürgerschaftliches Engagement ersetzt kein professionelles An-
462 gebot, aber ergänzt dieses und muss sowohl von staatlichen Stel-
463 len, als auch von den Anbietern von (sozialen) Dienstleistungen
464 gefördert und anerkannt werden.
- 465 ▪ Diese Anerkennungskultur von Staat, Wirtschaft und Gesell-
466 schaft muss dringend ausgebaut und neue Formen des Engage-
467 ments müssen erprobt werden. Bürgerschaftliches Engagement
468 muss sich auch in der Berufsbiografie vorteilhaft auswirken.
- 469 ▪ Bürgerinnen und Bürger setzen sich finanziell dauerhaft für das
470 Gemeinwesen ein. Stiftungen müssen auch in Deutschland wei-
471 tere Verbreitung und Anerkennung finden.

472

473

474 • **Abwanderung aufhalten**

475

476 Ein großes Problem insbesondere Ostdeutschlands ist die hohe Abwan-
477 derung gut ausgebildeter junger Frauen. Dies bringt das soziale Gleichge-
478 wicht durcheinander, die Regionen verarmen: familiär, sozial, wirtschaft-
479 lich wie demografisch. Wie in einem Brennglas werden Entwicklungen
480 vorweggenommen, die in anderen Teilen Deutschlands erst in einigen
481 Jahren oder Jahrzehnten spürbar werden. Während hier doppelt so viele
482 Jungen wie Mädchen nicht einmal den Hauptschulabschluss schaffen,
483 erreichen die jungen Frauen anderthalbmal so häufig das Abitur wie ihre
484 männlichen Altersgenossen. Teilweise existiert schon heute in den struk-
485 turschwachen Regionen ein Männerüberschuss von 25 Prozent und mehr
486 in der Alterklasse der 18- bis 29-Jährigen. Junge Frauen fehlen als Partne-
487 rinnen und zukünftige Mütter. Es werden in diesen Regionen künftig we-
488 niger Kinder geboren werden, der demografische Wandel verschärft sich.

489

490 Bildung ist das wichtigste Kapital in der modernen Wissensgesellschaft
491 für Frauen und Männer. Traditionelle Männerberufe in der Industrie wer-
492 den künftig weniger nachgefragt werden. Demgegenüber steigt die Nach-
493 frage nach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Dienstleistungsbe-
494 reich. Gerade Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich gelten im Osten aber
495 immer noch als eher „weiblich“. Junge Männer müssen also umdenken, um
496 ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu nutzen.

497

498 Die Probleme, die im Osten schon heute mit Händen zu greifen sind, zei-
499 gen sich aber nicht nur dort. Im Westen sind ähnliche Entwicklungen heu-
500 te bereits dort zu beobachten, wo die Geburtenrate besonders niedrig ist
501 und andere ungünstige Standortfaktoren hinzukommen.

502

503 ■ Elternhäuser wie auch Schulen müssen einen Rahmen finden, um
504 angemessen auf die Defizite der männlichen Jugendlichen zu re-
505 agieren. In Kindertageseinrichtungen und Schulen brauchen wir

506 neben den weiblichen Mitarbeiterinnen mehr männliche Erzieher
507 und Lehrer, denn Jungen brauchen männliche Vorbilder für ihre
508 Entwicklung.

- 509 ▪ Wir fordern die Länder auf, Motivations- wie Bildungsprogram-
510 me zu erarbeiten, die sich dieser Zielgruppe widmet. Diese müs-
511 sen gezielt das unterschiedliche Lernverhalten von Mädchen und
512 Jungen thematisieren und daraus spezielle Förderungen ableiten.
- 513 ▪ Ebenso wie das einseitige Berufswahlverhalten von jungen Frau-
514 en weiter zugunsten einer breiteren beruflichen Orientierung
515 aufgelöst werden muss, müssen auch junge Männer an für sie
516 zunächst untypische aber zukunftsfähige Berufsfelder herange-
517 führt werden.
- 518 ▪ Die weiblichen Eigenschaften wie Kooperations- und Teamfähig-
519 keit, soziale Kompetenz und Fürsorge sollten als Teil moderner
520 Männlichkeit vermittelt werden.
- 521 ▪ Wir fordern einen regen Konzeptaustausch über die vorhande-
522 nen kommunalen und regionalen Maßnahmenkataloge, die zu-
523 künftige Planungen und Ideen enthalten. Die Auswirkungen des
524 Bevölkerungsrückgangs durch Geburtenrückgang und Abwande-
525 rung müssen daher besonders aufmerksam verfolgt werden, Lö-
526 sungsansätze können und müssen hier bereits erprobt werden.
- 527 ▪ Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat vielerorts
528 gezeigt, dass der Wandel von Abwanderungsregionen zu Zu-
529 kunftsregionen möglich ist. Ziel unserer Politik ist es, dass die
530 vom demografischen Wandel betroffenen Regionen attraktive
531 Lebensbedingungen und Arbeitsplätze bieten.

532

533

534 • **Zuwanderer integrieren, Migrantinnen stärken**

535

536 Über 15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien leben in unserem
537 Land. Unter den Jugendlichen in den großen westdeutschen Städten sind

538 es bis zu 40 Prozent. Viele Migrantinnen und Migranten sind gut integ-
539 riert. Sie haben zum Wohlstand in Deutschland beigetragen und verdie-
540 nen unsere Anerkennung.

541

542 Viele Jugendliche der zweiten und dritten Generation sprechen ungenü-
543 gend Deutsch, schließen die Schule nicht ab und machen keine Berufsaus-
544 bildung. Die Gewaltbereitschaft ist im Durchschnitt größer als bei Jugend-
545 lichen ohne Migrationshintergrund. Anders als von vielen erwartet, lösen
546 sich diese Probleme bei nachfolgenden Generationen nicht von selbst. Die
547 Integration der Menschen aus Zuwandererfamilien gehört deshalb zu den
548 größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

549

550 Den Frauen und Mädchen kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Gerade
551 in Zuwandererfamilien sind es primär die Mütter, die die Kinder erziehen.
552 Sie vermitteln Werte, sie schaffen die Voraussetzungen für Spracherwerb
553 und Bildung, sie befördern soziale Kontakte. Zugleich sind sie dazu nicht
554 in dem Maße in der Lage, wie sie es wollen, sei es, weil ihnen die Sprach-
555 kenntnisse fehlen, sei es, weil ihnen ihre Rechte verwehrt werden. Dies
556 gilt zum Teil auch für die Mädchen aus Zuwandererfamilien. Sie sind lern-
557 bereiter und erreichen bessere Bildungsabschlüsse. Gleichwohl sind sie
558 später häufiger arbeitslos als junge Männer aus Zuwandererfamilien.

559

560 Die Frauen Union setzt deshalb darauf, Frauen und Mädchen aus Zuwan-
561 dererfamilien nachhaltig zu stärken. Sie unterstützt eine Politik des För-
562 derns und Forderns. Sie betont die Gleichberechtigung von Männern und
563 Frauen als zentrales Grundrecht.

564

565 *Deutschkenntnisse als Grundlage*

566

567 Gute Deutschkenntnisse sind die Grundlage für die Integration. Wir wol-
568 len Kinder von Anfang an beim Erlernen der deutschen Sprache unterstüt-
569 zen. Dies gelingt nur, wenn wir zugleich die Deutschkenntnisse der Eltern

570 und insbesondere der Mütter verbessern. Wir brauchen Sprachtests und
571 gezielte Sprachförderung ab dem 4. Lebensjahr im Kindergarten und an-
572 schließend schulbegleitende Sprachprogramme. Für Mütter müssen mehr
573 Deutschkurse in der Zeit angeboten werden, in der ihre Kinder im Kinder-
574 garten sind.

575

- 576 ▪ Wir werden offensiv für die Teilnahme an Integrationskursen
577 zum Erwerb der deutschen Sprache bei Jugendlichen und Er-
578 wachsenen werben.
- 579 ▪ Der Besuch von Deutschkursen allein reicht nicht. Wir sprechen
580 uns für einen Abschlusstest aus.
- 581 ▪ Die Integrationskurse müssen zielgruppenspezifisch weiterent-
582 wickelt werden. Dazu gehören insbesondere Frauenkurse mit
583 Kinderbetreuung. In den Integrationskursen für Frauen müssen
584 stärker als bisher frauen- und familienbezogene Themen einbe-
585 zogen werden. Das Verständnis unserer Grundwerte ergibt sich
586 nicht von selbst. Frauen müssen damit vertraut gemacht sowie in
587 dem Bewusstsein für ihre Rechte gestärkt werden. Jugendkurse
588 müssen eine vertiefte Vorbereitung auf eine spätere Ausbildung
589 und Berufstätigkeit bieten.
- 590 ▪ Wer als Ehepartnerin oder -partner nach Deutschland nachzieht,
591 muss künftig bereits vor der Einreise erste Deutschkenntnisse
592 erwerben. Dies dient nicht der Ausgrenzung, sondern der besse-
593 ren Integration.

594

595 *Bildung und Ausbildung als Schlüssel*

596

597 44 Prozent der ausländischen, aber nur 19 Prozent der deutschen Jugend-
598 lichen besuchen eine Hauptschule. Rund 40 Prozent verbleiben ohne ab-
599 geschlossene Berufsausbildung, während lediglich 11 Prozent der Deut-
600 schen ihre Ausbildung nicht abschließen. Seit über 10 Jahren verschlech-
601 tert sich die Ausbildungssituation von ausländischen Jugendlichen

602 ständig. Nur noch 4,4 Prozent der Auszubildenden haben eine nicht-
603 deutsche Staatsangehörigkeit (1994 = 9,8 Prozent), obwohl ihr Anteil an
604 den Schulabgängern 8,6 Prozent beträgt. Dieser Zustand ist unhaltbar,
605 denn eine Berufsausbildung ist die Ausgangsbasis für qualifizierte Be-
606 schäftigung, beruflichen Aufstieg und die gesellschaftliche Integration.

607

608 Sowohl Mädchen und junge Frauen als auch deren Eltern legen großen
609 Wert auf eine gute Schulbildung und eine gute berufliche Qualifizierung.
610 Vor diesem Hintergrund fordert die Frauen Union eine Bildungs- und
611 Ausbildungsoffensive.

612

613 Bildung

614

- 615 ▪ Die Frauen Union hat mit ihrem Positionspapier „Kinderbetreu-
616 ung ausbauen - Frühkindliche Bildung stärken“ Leitlinien zum
617 quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung und
618 ihrer Finanzierung formuliert. Davon werden deutsche ebenso
619 wie ausländische Kinder und Jugendliche profitieren.
- 620 ▪ Kindergärten müssen verstärkt zu Bildungseinrichtungen wer-
621 den. Wir werden darauf hinwirken, dass alle Kinder den Kinder-
622 garten besuchen. Dies dient dem Spracherwerb der Kinder und
623 ermöglicht mehr Frauen, erwerbstätig zu sein.
- 624 ▪ Wir setzen uns für eine systematische Elternarbeit im Kindergar-
625 ten und in der Schule ein. Dies befördert die Teilhabe und die so-
626 ziale Integration von Eltern und Kindern aus Zuwandererfamili-
627 en. Auf diese Weise kann mehr Verständnis für die Bedeutung
628 der Bildung in unserer Gesellschaft und für unser Bildungssys-
629 tem geweckt werden. Umgekehrt können Lehrerinnen und Leh-
630 rer so besser die Probleme von Zuwandererfamilien verstehen.
- 631 ▪ Wir setzen uns für ein Netzwerk von Bildungspaten in ganz
632 Deutschland ein, die Kindern und Jugendlichen vom Kindergar-
633 ten bis zur Ausbildung Unterstützung geben und Ansprechpart-

634 ner für die Eltern sind. Die Kompetenz und Erfahrung der Eltern
635 muss genutzt werden.

636 ■ Die Zusammenarbeit von Schulen und Nachbarschaft, von Schu-
637 len und Vereinen sowie von Schulen und Betrieben muss ausge-
638 baut werden.

639 ■ Wir fordern einen bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschule.

640

641 Ausbildung

642

643 ■ Die Zahl der Ausbildungsplätze für Jugendliche aus Zuwanderer-
644 familien muss erhöht werden.

645 ■ Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich in Ausbildung und Be-
646 schäftigtenstruktur widerspiegeln.

647 ■ Das Ausbildungspotential der rund 580.000 ausländischen Un-
648 ternehmen in Deutschland muss besser ausgeschöpft werden.

649 Die zunehmende Wirtschaftskraft dieser Betriebe, die in über 90
650 Branchen tätig sind, muss für die Berufsausbildung genutzt wer-

651 den. Die Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ des Deutschen

652 Industrie- und Handelskammertages (DIHK) und der deutsch-

653 ausländischen Unternehmerverbände muss konsequent umge-

654 setzt werden.

655 ■ Betriebe, die zum ersten Mal ausbilden, sollen durch Ausbil-
656 dungspaten begleitet und beraten werden.

657

658 *Integration durch Arbeit*

659

660 Deutschland ist von Arbeitsmigration geprägt. Dabei überwiegen gering

661 oder gar nicht qualifizierte Zuwanderer. Deren Bildungsdefizit überträgt

662 sich – noch stärker als ihr Sprachdefizit – auf ihre Kinder. Es schlägt sich

663 auch in der Arbeitslosenquote unter Ausländern nieder, die seit langem

664 rund doppelt so hoch ist, wie in der Bevölkerung insgesamt. Frauen sind

665 dabei noch häufiger arbeitslos als Männer. Ohne Arbeit, regelmäßiges und

666 selbst erwirtschaftetes Einkommen, sowie bei mangelndem Kontakt zu
667 deutschen Kolleginnen und Kollegen, fehlen wesentliche Voraussetzungen
668 für eine gelungene Integration. In Zukunft werden wir zunehmend auf
669 gut qualifizierte Migrantinnen und Migranten, insbesondere im Dienstleistungsbereich, angewiesen sein.
670

671

- 672 ▪ Wir brauchen mehr Frauen aus Zuwandererfamilien als Erzieherinnen, Lehrerinnen, Ärztinnen und Journalistinnen.
- 673
- 674 ▪ Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz müssen als Bereicherung verstanden werden.
- 675
- 676 ▪ In einer globalisierten Welt und in einem exportorientierten Land ist die Vielfalt der Erfahrungen und Lebensstile eine Chance
677 für Unternehmen. Große Unternehmen haben zusammen mit der
678 Bundesregierung die „Charta der Vielfalt“ initiiert. Wir wollen zu
679 ihrer Verbreitung beitragen, damit das Potenzial von Migrantinnen
680 und Migranten stärker als bisher entwickelt und genutzt
681 wird.
- 682
- 683 ▪ Migrantinnen müssen stärker an betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen beteiligt werden.
- 684
- 685 ▪ Wer auf Grund fehlender Deutschkenntnisse keine Arbeit aufnehmen kann, muss von den Agenturen für Arbeit verpflichtet
686 werden, an einem Integrationskurs teilzunehmen.
- 687
- 688 ▪ Zeitarbeit kann als Brücke genutzt werden, um Migrantinnen in
689 reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. So können sie
690 wichtige Erfahrungen sammeln, während die Arbeitgeber die Fähigkeiten der Migrantinnen schätzen lernen. Programme zur
691 Förderung der Arbeitsmarktintegration durch Zeitarbeit sollten
692 stärker auf Migrantinnen ausgerichtet werden.
- 693

694

695 *Frauenrechte durchsetzen*

696

697 Es ist ein Gebot der Menschenrechte und des Grundgesetzes, die Gleich-
698 berechtigung durchzusetzen. Immer wieder sind Frauen aber mit Gewalt
699 konfrontiert, sei es in Form von Zwangsverheiratungen, von Genitalver-
700 stümmelungen oder von häuslicher Gewalt. Dabei scheuen Gewaltopfer
701 aus Zuwandererfamilien häufig davor zurück, Hilfsangebote zu nutzen.
702 Oft hindern sie mangelnde Deutschkenntnisse daran, sich aus dem Teu-
703 felskreis von Gewalt und Abhängigkeit zu befreien. Viele wissen zu wenig
704 über ihre eigenen Rechte. Zwang wird ausgeübt, wenn Schülerinnen nicht
705 an Klassenfahrten oder am Sportunterricht teilnehmen dürfen, wenn
706 Frauen daran gehindert werden, Deutsch zu lernen oder Kontakte zu
707 knüpfen.

708

709 Starke, unabhängige und erfolgreiche Frauen sind Vorbilder, die wir drin-
710 gend brauchen. Vor diesem Hintergrund fordert die Frauen Union

711

- 712 ▪ Gewalt gegen Frauen zu ächten. Staatliches Handeln genügt
713 nicht. Dies muss aus der Mitte der Migranten selbst geschehen.
714 Wir werden deshalb Initiativen gegen Gewalt unterstützen und
715 anregen.
- 716 ▪ zum Schutz von Frauen und Mädchen gegen Zwangsverheira-
717 tung einen eigenen Straftatbestand einzuführen.
- 718 ▪ zum Schutz von Frauen und Mädchen gegen Heiratsverschlep-
719 pung das Aufenthaltsgesetz anzupassen. Die Rechtmäßigkeit ih-
720 res Aufenthalts in Deutschland darf in diesem Fall nicht schon
721 nach sechsmonatiger Abwesenheit enden.
- 722 ▪ Frauen konsequent über ihre Rechte aufzuklären. Informations-
723 und Medienkampagnen sind ebenso notwendig, wie Initiativen
724 der Migrantinnen selbst. So müssen Frauen darüber aufgeklärt
725 werden, dass sie Deutschland nicht verlassen müssen, wenn sie
726 sich von einem gewalttätigen Ehemann trennen.

- 727
- Schutzmöglichkeiten in Frauenhäusern, Beratungs- und Hilfsangebote auszubauen und bekannt zu machen.
- 728
- dass alle Schülerinnen am Sport- und Biologieunterricht sowie an Klassenfahrten teilnehmen.
- 729
- 730

731

732 *Teilhabe fördern*

733

734 Die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen in Politik und Gesellschaft erfordert Offenheit und Engagement auf Seiten der Migrantinnen

735

736 und Migranten ebenso wie auf Seiten der Politik und der Deutschen. Wir

737 wollen Migrantinnen gewinnen

738

- für die Elternarbeit in Kindergärten und Schulen;
- für die Mitarbeit in Verbänden und Vereinen, die ihrerseits Migrantinnen gezielt ansprechen müssen;
- für die Mitarbeit in der Frauen Union und der CDU. Als Frauen Union werden wir ein Netzwerk von Frauen aus Zuwandererfamilien aufbauen.

745

746 So werden wir Integrationsland.

747 So kommen wir zur partnerschaftlichen Gesellschaft.

748 So gestalten wir den demografischen Wandel als Chance für Deutschland.

749